DM 1,-

DER BREMER ANTIFASCHIST

Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

April 04/1998

Kampfbegriff "Innere Sicherheit"

"Innere Sicherheit" ist ein Kampfbegriff, der nicht durch Verfassung oder Gesetz gedeckt ist. Wer ihn einsetzt, will Feinde bekämpfen, setzt auf Angstmache und verdreht die Verhältnisse: Zentraler objektiver Unsicherheitsfaktor ist die Angst vor Arbeitslosigkeit und Armut, die die entscheidenden Institutionen und Personen nicht nur nicht "bekämpfen", sondern nachgerade schüren.

Soweit einigten wir uns auf unserem VVN-Seminar auf den Gehalt der Politik der "Inneren Sicherheit".
Kompetenzen, Herangehensweisen und Erfahrungen aus unterschiedlichen organisatorischen Zusammenhängen kamen zusammen. Produktiv wurde es auch dadurch, daß nie Vortragslangeweile aufkam. Dazu trug die Gleichwertigkeit am Runden Tisch bei, die vielseitige Verteilung der Aufgaben und die Einbindung aller.

Zuerst diskutierten wir das "New Yorker Polizeimodell", das Hau-Drauf-Vorbild unseres Innensenators Bortscheller und des Innenministers Kanther. Dessen Dogma ist, daß durch gewaltsam hergestellte "öffentliche Ordnung" auch "Kriminalität" zu reduzieren sei. Als Gefahr gelten dabei Bettelnde, Betrunkene oder die Ästhetik sonstwie störende Personen. Zur Aufrechterhaltung dieser Ordnung wird die Polizei angehalten, massiv zu verhaften, zu verhören, auszuweisen und einzusperren. Gesetzliche Bestimmungen sind da eher hinderlich.
Kanther inszenierte zur Förderung dieser Methode die "Aktion Sicherheitsnetz", der Bremen zusätzliche Bundesgrenzschutz-Beamte zu verdanken haben wird. Bortschellers Lieblingskommando ist die "Sonderkommission Graffiti", die mit martialischem Aufwand nach Sprayern fahndet. Im Ergebnis dienen diese Bestrebungen dazu, "produktive" von "unproduktiven" Menschen zu trennen, eine "soziale Säuberung" zu erzwingen, indem Treffpunkte von Minderheiten aufgelöst werden.
Strittig war, wieweit man sich auf diese Themen einlassen darf, ohne von ihren Inhalten überwältigt zu werden. Eine Offensive gegen das tatsächlich sozial schädliche Verbrechen - Wirtschaftskriminalität, Korruption, Steuerunterschlagung - sei notwendig, aber nur schwer durchzusetzen. Problem sei außerdem, daß ein Großteil dieses "Verbrechens" hierzulande legal ist.

Eine weitere Konsequenz der Politik der "Inneren Sicherheit" ist es, daß Polizei selbständig neue Methoden entwickelt und anwendet: Alarmierend ist, daß seit Anfang der 90er Jahre massiv Platzverweise, Aufenthalts- und Durchgangsverbote erteilt werden, die das Grundrecht auf Freizügigkeit einschränken.

Das "Aufenthaltsverbot" (auf Verdacht!) hat erstmalig Niedersachsen 1996 in sein Polizeigesetz geschrieben. Auch in Bremen strebt die CDU an, das zuständige Ortsgesetz der juristisch fragwürdigen Praxis der Polizei anzupassen.

Fatal ist bereits die Lage von Asylbewerbern und Geduldeten, denen ein normales Leben im Rahmen der Gesetze und Verordnungen nicht mehr möglich ist. Behördlich erteilte Auflagen dienen dazu, sie zu isolieren, an den Pranger zu stellen und zu verarmen. Ihre Grundrechte - Einreise, Arbeit, Wohnen, Rechtsberatung, Mobilität - kann diese Bevölkerungsgruppe nur durch Zuwiderhandlung durchsetzen.

Ausländer"kriminalität" wird damit zur selbsterfüllenden Prophezeiung. Polizei geht hier offensichtlich nach rassistischen Mustern vor um Schwarzafrikanern auf Verdacht ganze Stadtteile zu sperren.

Es wurde deutlich, daß diese Realität neben unserer eigenen, uns - den Besitzern deutscher Pässe - zu wenig präsent ist. Wir sind nicht von vornherein resistent gegen eingeimpfte Vorurteile.

Gerungen wurde um konkrete Antworten auf wiederkehrende Fragen.

Thomas



Ostermarsch 1998



Kundgebung in Bremen gegen öffentliche Gelöbnisse, für Entmilitarisierung und Abrüstung

Samstag, den 11.04., 11:00 Uhr, Marktplatz Es sprechen: Armin Stolle, Raimund Gaebelein u.a.

Osterwanderung gegen die beabsichtigte Einrichtung des europagrößten Bombenabwurfplatzes in der Ruppiner Heide

Sonntag, den 12.04. Bus ab Bremen: 10:00 Uhr, ZOB

Anmeldung bei Ernst Busche (Tel: 355816) oder Armin Stolle (492408)

Wenige Flugsekunden von Berlin entfernt soll auf 142 km^2 Wald- und Heidelandschaft ein für den Eurofighter geeignetes Bombenabwurfgelände eingerichtet werden als wichtige Voraussetzung für die "Out of area"-Einsätze der Bundeswehr und der NATO. Seit 1992 wehrt sich die Bürgerinitiative "Freie Heide" dagegen. Es geht ihr um mehr als ein Verhindern von extremen Lärmbelästigungen bei geplanten 24.000 Anflügen pro Jahr, darin eingeschlossen Nacht- und Tiefflüge bis 30m, um mehr als den Erhalt eines traditionellen Erholungsgebietes, der touristischen Wirtschaftsstruktur und Tausende von Arbeitsplätzen. Es geht darum, Widerstand zu leisten gegen Kriegseinsätze.

Gelöbnis in Grasberg

Es ging militärisch zu in Grasberg und auch in den Zeitungsberichten: Gleichmarsch, Fahnenflattern, Zurücktreten ins Glied, Nationalhymne durch das Heeresmusikkorps, Aufbauen und Einmarschieren, Zurücktreten ins Glied, der Kommandeur einer Panzerbrigade und ein CDU-Bürgermeister schreiten eine Front (!) von 400 Soldaten ab und richten (!) Grußworte an Uniformträger.

Ich denke an frühere deutsche Armeen und daran, daß Rüstungsminister Rühe mit diesen Gelöbnissen vom inneren Zustand der Bundeswehr ablenken will, die durch rechtsextremistische Vorfälle in die Schlagzeilen geraten ist. Diese Vorfälle haben kein „Zerrbild der Bundeswehr entstehen lassen", wie Oberstleutnant Lamke den Rekruten einreden wollte. Es sind nämlich nicht nur ein paar irregeleitete Jugendliche, die beim Saufen über die Stränge schlagen.



Beide leisten notwendige Überzeugungsarbeit bei dem „Ordnungshüter"

Über 55% aller Offiziersstudenten haben z.B. sich selbst bei einer Umfrage „als weit rechts von der Mitte" eingestuft. Und einige Namen der Kasernen, in den unsere Jungs trainieren, fördern ebenfalls undemokratisches und faschistische Denkens.

Zum Beispiel: General Dietl (bis 1995 Kaserne in Füssen) hielt antisemitische und Durchhaltereden, trieb Soldaten in einem 531 Kilometer langen Todesmarsch von Finnland nach Norwegen. Hitler nannte ihn „den eigentlichen Geburtshelfer des Dritten Reiches", der noch vor Hitler in die NSDAP eintrat. General Goltz (Kaserne in Hamburg) führte den Reichsverband der Offiziere, die Weimarer Republik nannte er nur „die schwarz-rot-goldene Erbärmlichkeit."

Generalmajor Kübler (Kaserne in Mittenwald) wurde als „Adria-Schreck" bekannt und gehaßt, der jugoslawische, österreichische und italienische Partisanen jagen und ermorden ließ. Ein jugoslawisches Gericht verurteilte diesen Kriegsverbrecher zum Tode.

Alles in allem, ist es nicht verständlich, wenn öffentliche Gelöbnisse als Provokationen wirken und zu Protestaktionen der Anti-Atomkraftgruppe Worpswede-Grasberg und Deutschen Friedensgesellschaft herausfordern?

Die Protestbürgerinnen und -bürger verhielten sich sogar noch zurückhaltend, indem sie eines ihrer Transparente „Rechte Tradition! Roeders Nachwuchs" sogar noch mit einem Fragezeichen verzierten.

Ernst

Gelöbnisse - warum Aufregung?

So lautet die Überschrift eines Gastkommentars von Volker Kröning, Mitglied des Deutschen Bundestages und des Verteidigungsausschusses, im Weser-Report, einer meines Erachtens der CDU-Bremen nahestehenden „Umsonst" -Zeitung.

Zunächst dachte ich, Herr Kröning redet einfach nur am Thema vorbei. Er nimmt nicht Stellung zur aktuellen Debatte, sondern philosophiert über die Rolle von Gelöbnissen allgemein. Schon das wäre ein Sich-Drücken vor dem klaren „Nein" zur Absicht, ausgerechnet in diesem Jahr eine <u>öffentliche</u> Vereidigung (Gelöbnis) in Bremen auf dem Marktplatz durchführen zu wollen. Allein das diente objektiv denen, die ablenken wollen von der Häufung rechtsextremistischer Vorfälle in der Bundeswehr und auch denen, die seinerzeit gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg der Wehrmacht" und deren Stattfinden im Rathaus zu Felde zogen.

Wenn Kröning jedoch am Schluß seines Gastkommentars sagt: „Die Debatte über Gelöbnisse - auf dem Markt oder wo sonst - sollte zu vernünftigen Maßstäben zurückkehren", dann kann ich daraus nur entnehmen, daß er auch subjektiv nichts dagegen hat, daß der provokative Plan der Herren Rühe und Neumann den Bremerinnen und Bremern aufgezwungen wird.

Als ehemaliger Frontsoldat im Zweiten Weltkrieg sei mir noch eine kritische Bemerkung gestattet:
Wie kann Herr Kröning soviel Schönes über Gelöbnisse und Schwur junger Soldaten sagen, wo er selbst nie in die Verlegenheit kam, deren Wirkung im Ernstfall erfahren zu haben.
Auch ich habe 1941 in der Delmenhorster Kaserne das Gelöbnis geleistet, damals auf den Führer. Er hat mir und der großen Mehrzahl meiner Kameraden nichts bedeutet. Und dann, im Einsatz, hatten wir keine Veranlassung an das Gelöbnis zu denken. Wir waren jedesmal froh, wenn wir noch einmal davongekommen waren.

Gelöbnis, von mir aus, aber nicht als hehres, öffentliches Schauspiel.

Herbert

Erinnernungen?

Ich war am 06. Mai 1980 bei der Studentenvollversammlung in der Uni dabei. Das war am Morgen. Einziger Punkt: Was gegen das Gelöbnis im Weserstadion tun? Im Namen unserer Initiative gegen das Gelöbnis habe ich zum gewaltfreien Einzug in das Stadion gesprochen.
Am Nachmittag vereinigten sich 2 Demonstrationen am Goethe-Theater. An der St. Jürgensstraße zog ein Teil weiter, die Mehrheit marschierte zu den Weserwiesen. Links von den Weserterrassen hatte unsere Initiative einen Lastwagen aufgestellt. Sprecher waren: Ernst Uhl für die Kirchen, Willy Hundertmark für die antifaschistischen Gruppen und ein Junggewerkschafter für DGB, SPD und DKP.
Als Ernst Uhl gesprochen hatte, raste ein Hubschrauber so dicht über die Teilnehmer der Kundgebung, daß fast die Haare rausgezogen wurden. Gleichzeitig riefen Teilnehmer: „Auf zum Stadion! Unsere Kameraden sind in Gefahr! „
Teilweise im Laufschritt, teilweise folgend, löste sich die Kundgebung auf. Wir kamen aber nicht weit. Eine Kette von Polizisten versperrte uns den Weg.

(weiter auf Seite 3)

Weiter hinten sahen wir brennende Gegenstände. Dahinter ebenfalls ein Block Menschen. Warum brannten nur PKWs, aber die ebenso frei vor dem Stadion geparkten Militärfahrzeuge nicht? Das war eine gute Frage.
Diese Frage wurde bald geklärt. Der Weser Kurier berichtete, ein in Schwanewede dienender Soldat der Bundeswehr habe in Zivil nach eigenem Geständnis die Fahrzeuge in Brand gesteckt. So ganz einfach, als Einzeltäter. Mich wundert nur, daß sich kaum einer daran erinnert.
Nebenbei: Der Soldat wurde aus der Bundeswehr entlassen.

Willy

Ein Eid ist kein Gelöbnis

Die VVN-BdA ist gegen ein öffentliches Gelöbnis, weil

- schon der Begriff für die Eidleistung nicht ehrlich ist,
- die jungen Frauen und Männer für eine öffentliche Demonstration der Macht der Herrschenden mißbraucht werden,
- die jungen Frauen und Männer Kinder von Eltern sind, die um ihren Arbeitsplatz fürchten,
- die jungen Frauen und Männer Kinder von Eltern sind, die schon arbeitslos sind oder sogar schon Sozialhilfeempfänger sind,
- diese jungen Leute selbst schon ohne Arbeit oder auch ohne Ausbildung sind,
- sie darum zur Armee gegangen sind, in der Hoffnung, die „Durststrecke" erst mal zu überbrücken,
- sie, mit einem Satz, unsere Kinder sind.

Die Bundeswehr ist darum noch lange keine Friedensarmee. Die Einwohner von Somalia haben großzügig auf die militärischen Friedensstifter verzichtet. In den teutschen Einheiten in Bosnien-Herzegowina kocht nazistisches Gehabe hoch, weil Unter- oder auch andere Offiziere meinen, sie seien wieder wer.

Und hier in der Heimat? Da kochen die Neonazitendenzen doch nicht nur hoch, weil „die Gesellschaft" eben so ist. Strammstehen, auf Kommando gehorchen, ein bißchen schieße und befehlen, das sind schon Anreize für Neonazis.

Wenn ich an den 20. Juli 1944 denke, werde ich daran erinnert, welche Bedeutung ein Eid hat: Als die hohen Offiziere erfuhren, daß der Anschlag Stauffenbergs gescheitert war und Hitler lebt, „konnten" die Generäle nicht handeln. Sie hatten ja Hitler den Eid geleistet.

Willy

Zur Niedersachsenwahl

Der überwältigende Wahlsieg der SPD in Niedersachsen am 01. März erklärt sich vor allem daraus, daß die Zahl der Wähler wächst, die die jetzige Regierungskoalition für die katastrophal ansteigende Massenarbeitslosigkeit und den Sozialabbau auf allen Gebieten verantwortlich machen und sie für unfähig halten, andere Wege als die rigorose Umverteilung von unten nach oben einzuschlagen. Von der SPD erhoffen sie sich eine andere, besser ihre Interessen berücksichtigende Sozial- und Wirtschaftspolitik. Gewiß hat auch die Persönlichkeit Schröders und die Zuspitzung auf „Schröder oder Lafontaine" zugunsten der SPD gewirkt.

Ich begrüße dieses Ergebnis. Es erhöht die Chancen für einen Regierungswechsel und für die Bildung einer Regierungskoalition aus SPD und Grünen nach dem 27. September. Darüber hinaus verbessert die deutliche Niederlage der CDU und der Republikaner die Bedingungen für den Kampf gegen die Rechtsentwicklung und für die Durchsetzung antifaschistisch-demokratischer Forderungen.
Natürlich kann man einwenden: „Der Zuwachs für die SPD und ein möglicher Regierungswechsel sind noch keine Garantie für eine andere Politik", aber ich meine: „Der Regierungswechsel ist dafür ein erster Schritt."

Ohne einen solchen Wechsel gibt es keine andere Politik. Außerdem ist eine starke SPD und ein entsprechendes Ergebnis der Grünen und der PDS die Voraussetzung für die Verhinderung einer Großen Koalition.
Bei alledem steht aber außer Frage: Entscheidend für einen Politikwechsel ist immer der Druck von unten, sind die außerparlamentarischen Aktionen für konkrete Forderungen, zum Beispiel:

- nach Maßnahmen zur Zurückdrängung der Arbeitslosigkeit und Aufhebung der Fülle unsozialer gesetzlicher Regelungen der CDU-CSU-FDP-Ära;
- nach Beendigung der Auslandseinsätze der Bundeswehr;
- nach Verminderung der Aufwendungen für militärische Zwecke, vor allem der Verzicht auf den Eurofighter, Verbot von Rüstungsexporten und Umstellung von Rüstungs- auf zivile Produktion;
- nach Verzicht auf öffentliche Gelöbnis-Schauen (!) und auf konsequentes Vorgehen gegen Rechtsextremismus.

Dieser Druck kann meines Erachtens nur so stark werden, daß er Einfluß auf Parlaments- und Regierungsentscheidungen bekommt, wenn sich Sozialdemokraten, Grüne, demokratische Sozialisten, Kommunisten und Parteilose auf ein Minimalkonsens wirklich nächster, realisierbarer Schritte in der jeweils anstehenden aktuellen Frage einigen und dafür aktiv zusammenarbeiten

Herbert

Erfurter Erklärung verunglimpft

Die ehemalige *taz-Bremen*-Redakteurin Dr. Uta Stolle schreibt in der *MUT*-Ausgabe vom Januar über die Bremer Unterzeichner der *Erfurter Erklärung*.

„Die Erstunterzeichner der «*Erfurter Erklärung*» kommen im wesentlichen aus dem in mehr als dreißig Jahren Kampf gestählten Fähnlein der Gegner von Wiederaufrüstung, Notstandsgesetzen, Extremisten- und Nato-Doppelbeschluß (...)." Daß gerade dieser Kampf ein Streben für Frieden und Freiheit war und ist, unterschlägt Frau Stolle wohl nur zu gern.
Daß einzelne Unterzeichner mal wieder nicht gewußt haben wollen, unter was sie ihren Namen gesetzt haben, wie Dr. Klink, zeigt die mangelnde Courage der Betroffenen. Andererseits gibt es auch Standhafte, wie Frau Kahrs.

Hartmut Drewes sieht bei der Frage der Einstufung der PDS von einigen Landes-Verfassungsschutzen nicht unbedingt eine Kompetenz, mehr eine politische Aufgabe bei den Verfassungsschützern.
Auch Dr. Ernst Uhl findet es zweitrangig, ob die PDS etwas mit unterstützt. Wie es bei einer Unterstützung der Republikaner aussähe, wollte Frau Stolle wissen. Ein eindeutiges „Nein. (...) rechtsradikal hat immer auch etwas mit Hitler zu tun." Der Einwand Stolles „Ja, linksextrem doch ein bißchen was mit Stalin." Dümmer geht es nicht, Frau Stolle! Der ganze Artikel dient allein dem Versuch, alle Unterzeichner zu diffamieren, passend zu einem der Machwerke der Stolle: «Ausgang aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit der deutschen Linken».

Doch die Krönung ist das Interview mit Volker Kröning (SPD) in *MUT*, in dem er meint, einige Unterzeichner hätten es aus „altlinker Nostalgie" getan.

Bis 1982 war *MUT* das Sprachrohr für die neofaschistischen Jungnazis. Danach „wandelte" sich *MUT* zum Abdruckblatt für die etwas besser gebildeten bürgerlichen Schlips-und-Kragen-Rechten.

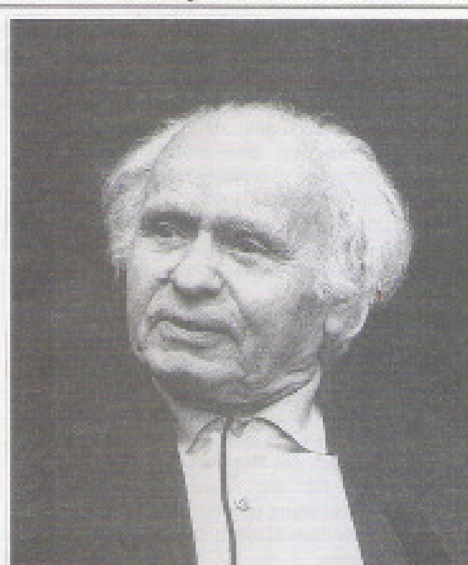
Gerold

Gekrümmt unter der Steine Last
"Schlägt man das Zebra krumm und lahm ..."

1996 erschien in Stuttgart im Verlag Roter Morgen ein 330 Seiten starkes Buch von Otto Wiesner unter dem Titel "Laßt nicht mehr zu, was wir an Last getragen". Es schildert seinen Leidensweg durch die Konzentrationslager Sachsenhausen und Mauthausen während des Krieges. Der 87jährige ausgebildete Schriftsetzer wohnt heute in Potsdam.

Otto Wiesners Buch soll dazu beitragen, "das Gewissen der Menschen (in einer Zeit) wachzurütteln", in der "wieder die giftige Pflanze des Faschismus" wächst, die Opfer von damals wieder "zu Schuldigen gestempelt" werden. Wiesner will an die Millionen Menschen erinnern, deren Leben "meist auf grauenhafte Weise in den Gaskammern des Dritten Reiches" ausgelöscht wurde.

Mit einfühlsamen Worten beschreibt Wiesner die internationale Solidarität. Schon in Sachsenhausen waren politische Häftlinge bemüht, russische Kinder durchzubringen. Später, in Mauthausen, im Todeslager Moosberg, sind sie bemüht, einem Jungen das Leben zu retten, dessen Mutter vom SS-Lagerführer ins Gas getrieben wurde, um sich seiner zu versichern. Er versucht, Charaktere herauszuarbeiten.


Das Buch "Laßt nicht mehr zu, was wir an Last getragen" wird am Mittwoch, 15. April 1998, im VVN-Büro, vom Autor Otto Wiesner anläßlich einer Lesung um 19.30 Uhr vorgestellt.

Der Kriminalkommissar Cornelius wird beauftragt, die Unterschlagung von Wehrmachtsgut durch SS-Führer im KZ Sachsenhausen zu untersuchen. Das Intrigenspiel der SS-Chargen wird zu einer regelrechten Kriminalgeschichte. Wiesner schildert Dummheit und Brutalität der SS-Schergen, ihre Rivalitäten im Untersuchungen auf die politischen Häftlinge umgelenkt werden. Ein kleiner Kommissar ist da nur lästig. Wie in Sachsenhausen bemühte sich Wiesner um die Unterstützung entkräfteter Kameraden mit Extrarationen an Verpflegung, diesmal in einer Baukolonne. Er beschreibt die Todesstiege der aus rohen Granitsteinen behauenen Treppe mit 185 Stufen, links die Fallschirmspringerwand, über die Entkräftete und Unerwünschte in den Abgrund gestoßen wurden, beladen mit einem schweren Felsblock, der die Glieder zermalmt. Auf spannende Weise schildert Wiesner die Brutalität und Mordlust der SS-Wachmannschaft, die dem 13jährigen Sohn des Kommandanten als Geburtstagsgabe einen Karabiner in die Hand drückt und ihn zur Erschießung von 13 Häftlingen ermuntert.

Sein Buch, das Büro auch nach de Lesung erhältlich ist, zeugt von Tragik, Stolz, offenem und verborgenem Heldentum.

Zu seinen Schwächen gehört, daß Wertungen aus der Schilderung konkreter Situationen heraus ganz unvermittelt verallgemeinert werden.

Leider ist das Buch nur in einem kleinen Verlag erschienen, für seinen Umfang aber preiswert.

Raimund

Wie wirklich ehrlich gemeint?

Nimmt man die zahlreichen Veranstaltungen am 27. Januar 1998 zum 53. Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz durch die Rote Armee auch die in Bremen als Maßstab, dann könnte man meinen: Für die überlebenden Verfolgten des Naziregimes ist bestens gesorgt.

Die Wahrheit wurde am gleichen Tag - dem 27. Januar - widerlegt. Die Medien meldeten, daß die NS-Unrechtsurteile nicht annulliert werden würden.

Was war geschehen?
Die Bonner Regierung hatte im Dezember '97 vollmundig verkündet, Deserteure, Wehrmachtsflüchtlinge und Zersetzer könnten 7.500 DM erhalten. Dazu brauchten sie nur einen Antrag an die Oberfinanzdirektion Köln zu stellen. Nach langem Hin und Her hat sich die Bundesregierung dazu durchgerungen. Nun können sich die Zwangsarbeiter und Verfolgten aus den Ländern, die im Osten liegen, ausrechnen, wann sie die 250 DM Rente erhalten, für die Bonn in eine Stiftung einzahlen muß.

Der Hintergrund: Nach jahrelangen Verhandlungen der Bundesregierung mit der Claims-Konferenz, wurde die Vereinbarung im Januar 1998 abgeschlossen. Die Claims-Konferenz ist ein Zusammenschluß von Juden, der sich für die Entschädigung aller Juden in der ganzen Welt einsetzt. Dazu ist zu vermerken, daß die Claims-Konferenz schon immer aus den gesammelten Mitteln in Deu schland lebenden anerkannten jüdischen Verfolgten ein Rente gewährt. Ohne Druck geht nichts.

Willy

Projekt Ostertorwache

Die Fotoausstellung in der Villa Ichon war für die Veranstalter und die Öffentlichkeit ein großer Erfolg. Zur Eröffnung am 06.02. kamen über 100 Interessierte zu der Veranstaltung , die der Anwalt Dr. Rolf Gössner und die Zeitzeugin Barbara Lieschke mit gestalteten. Die in der Schweiz lebende Kinderbuchautorin, mit 18 selbst wegen vorgeblichen Spionageverdachts durch den Folterkeller der Ostertorwache gegangen, las dazu zwei eindrucksvolle Passagen aus ihrem Werk "Lampe der Hoffnung".

Eindrucksvoll beschreibt der Anwalt die perfekte Tarnung des Zwecks dieses Gebäudes. "Insgesamt eigentlich ein kunstvolles, ein erholsames, ein angenehmes Ensemble - sollte man meinen.

Doch hinter der weißgetünchten klassizistischen Fassade der Ostertorwache mit ihren sechs dorischen Säulen verbarg sich statt Kunst und Erholung das Grauen und menschliches Leid (...). In der Neuzeit gaben lediglich Farbspuren des Protests, immer wieder Gefangenentransporte und polizeiliches Blaulicht Hinweise auf die wahre Bestimmung des Bauwerks".

Die Haftbedingungen wandelten sich im Laufe der Jahrzehnte. Gössner: "Mit den Jahren diente die Anstalt aber mehr und mehr der polizeilichen Verwahrung eines Subproletariats aus Vagabunden, Bettlern, Prostituierten und anderen Personen 'aus der Gosse'.

Zeiten, in denen man den Verbrecher als besserungsfähigen Menschen ansah, wechselten mit "unhaltbaren Zuständen und Überfüllung".



Von März 1933 bis März 1945 war die Ostertorwache "Schutzhaft"-Anstalt und Folterkeller der Bremer Gestapo.

"Dort wurden Menschen inhaftiert und auch gefoltert, die wegen ihres politischen Widerstands gegen das NS-Regime von Gestapo und NS-Justiz verfolgt wurden (...). Zu den Häftlingen der damaligen Zeit gehörten auch Väter von prominenten Bremern und auch der heute weit über 80jährige Georg Gumpert".

Wer nun nach 170 Jahren Ostertorwache und ihren anerkannt menschenunwürdigen Zuständen gedacht hatte, sie werde in eine Gedenkstätte umgewandelt, mußte sich sehr bald getäuscht sehen. Nicht die Opfer des NS-Regimes, sondern die zahlungskräftigen Industriedesigner der Gesellschaft für Produktgestaltung erhielten den Zuschlag. Gössner: "Nur ein Teil des Zellentraktes - insgesamt fünf Zellen – konnte für die Vereine "Gedenkstätte Ostertorwache" und "Erinnern für die Zukunft" reserviert und im Originalzustand erhalten werden.

Dieses Zugeständnis macht die Ostertorwache aber keinesfalls zu einer öffentlich zugänglichen Gedenkstätte (...) Das Gedenken findet künftig nur am Rande statt." Und: "Das Aufatmen müßte uns eigentlich im Halse steckenbleiben (...) Denn nach wie vor werden Menschen auf Grundlage eines verschärften und in Teilen unmenschlichen Ausländerrechts nur deshalb unter entwürdigenden Umständen inhaftiert, weil sie keine Deutschen sind und aus einer unerträglichen Situation in ihren Heimatländern fliehen mußten".

Das Werk "Lampe der Hoffnung" von Frau Lieschke, kann bei ihr für 25,-- DM unter der Telefonnummer 05148/4194 bestellt werden.

Außerdem können Gitterkreuze, die aus den Zellengittern heraus gesägt worden und mit der Inschrift „170 Jahre Ostertorwache" versehen sind, für 50,-- DM im Büro der VVN-BdA erworben werden. Das Geld dient zum Schließen der Finanzierungslücken der Veranstalter.

Raimund

Verfolgte des NS-Regimes und Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer aller antifaschistischen Richtungen gründeten 1947 die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes". 1971 öffnete sich die VVN den nachfolgenden Generationen und erweiterte sich zur VVN-Bund der Antifaschisten". Die VVN-BdA kämpft heute als parteiunabhängige, strömungs- und generationsübergreifende Organisation für die ***„Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln"*** und für den ***„Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit"*** wie es im Schwur der Häftlinge des KZ Buchenwald vom 19. April 1945 heißt.

- ☐ Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.
- ☐ Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.
- ☐ Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.
- ☐ Ich möchte den Bremer Antifaschisten probeweise/regelmäßig beziehen.

Mich interessieren vor allem folgende Themenbereiche:

- ☐ Einwanderer und Flüchtlinge
- ☐ Neofaschismus
- ☐ Frieden/Antimilitarismus
- ☐ Geschichtsforschung
- ☐ Erinnerungsarbeit

Name ____________________

Vorname ____________________

Straße ____________________

PLZ, Ort ____________________

Telefon ____________________

Geb.-Datum ____________________

Beruf ____________________

Bremen, den ____________________

Unterschrift ____________________

Bitte einsenden an:

VVN-BdA Bremen e.V., Bürgermeister-Deichmann-Str. 25, 28217 Bremen

---

Nachruf

Tief erschüttert vernahmen wir die Nachricht

Kurt Müller

ist tot.

Mit seiner Familie, seinen Kollegen und Freunden trauern wir um ihn. Er war ein aufrechter Streiter für die Interessen der arbeitenden Menschen und ein konsequenter Demokrat und Antifaschist.

Noch im Februar 1997 sprach er auf unserer Veranstaltung auf dem Waller Friedhof zum Gedenken der Kämpfer der Bremer Räterepublik 1919. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Landesvorstand

Muffensausen

Es ist einfach schön zu lesen, daß dem «nationalen Lager» der Hintern auf Grundeis geht. Denn wir, die VVN-BdA in Bremen und Nordrhein-Westfalen, haben durch unsere Anzeigen wegen Volksverhetzung einen guten Anteil an der Angst vor Hausdurchsuchungen wie schon unter anderem bei Hugo Schrag (Delmenhorst), Edzard Folkers (Syke) oder Hildegard Newzella (Bremen) geschehen, und einer Strafverfolgung seitens der Staatsanwaltschaft, die nichts verschleiern kann. Auch wenn Staatsanwalt Picard aus Bremen und Oberstaatsanwalt Majorowsky aus Wuppertal ihre Verantwortlichkeiten nach Dresden abschieben, werden sie weiter mit dem Aufruf zu tun haben. Ein Vortäuschen reger Betriebsamkeit auch seitens des Bundeskriminalamtes (BKA) wird sich gezwungenermaßen in solide Arbeit umwandeln müssen, wenn die VVN-BdA ihnen auf die Finger schaut.

Das älteste rechtsextreme Blatt in der BRD, *Nation und Europa*, berichtet im Heft 3/98 von der «Entrüstung» des Berliner Pädagogikprofessors Klaus Weinschenk, der von der SPD zu den Republikanern wechselte. Er sagt dort, daß er nie eine Unterschrift unter dem „Aufruf - Völkermord an deutschen Volk" geleistet hätte (siehe auch BAF 2/98).

Dr. rer. pol. Alfred Mechtersheimer, dessen Weg wir immer gut beobachtet haben, meinte, vor der „teilweise maßlosen Ausdrucksweise" müsse „im patriotischen Bereich gewarnt" werden. Weiter sagte er: „Diese Schrift schadet der nationalen Sache ungemein. (...) Hat vielleicht jemand eine Falle gestellt, in die gutgläubige nationale Freunde hineingetappt sind?" Es sei „bewußt unqualifiziert formuliert worden, so daß sich Anhaltspunkte für eine strafrechtliche Verfolgung geradezu aufgezwungen hätten". Einer der festen Größen im «nationalen Lager», Rigolf Hennig widerspricht in dem Artikel des Weser-Kurier vom 06.01.1998 dieser These schon im Voraus vehement: „Wer behauptet, er habe nichts vom Inhalt gewußt, dem tret' ich in den Arsch."

Glaubwürdig sind die Beteuerungen eines Weinschenk oder die Mutmaßungen eines Mechtersheimer auch nicht, weil neben der Unterschrift auch ein «kleiner» Kostenanteil von DM 1.000 fällig war. Wer gibt schon einen Tausender für eine «gefälschte» Unterschrift unter solch einem Machwerk.

Gerold

Wir trauern

Unser langjähriges Mitglied

Henning Harmsen

starb im Alter von 72 Jahren.
Wir vergessen ihn nicht.

Ab 1930 mit Notverordnung - und heute?

Nachdem das Bundessozialgericht die Klage abgelehnt hat, will nun der Vorstand des Reichsbundes beim Bundesverfassungsgericht die Streichungen im Sozialbereich als verfassungswidrig einklagen.

Die VVN-BdA Bremen e.V. findet dieses Vorhaben richtig. Der Reichsbund sollte aber nicht nur die sozialen, sondern auch die demokratischen Rechte einklagen. In der Begründung sollte daran erinnert werden, vor 1933 haben die Regierungen Brüning und Papen mit Notverordnungen den Sozial- und Demokratieabbau durchgesetzt. Mit dieser Praxis wurden die Wähler den Nazis zugetrieben.

Und heute - da werden mit wechselnden Mehrheiten die Verfassung und die Sozialgesetze gebrochen und dies alles wird als Demokratie verkauft. Da suchen nun heute die Experten die Ursache für rechtsextreme und neonazistische Aktivitäten.

Was dagegen tun?

Wir Antifaschistinnen und Antifaschisten sind bereit, gemeinsam mit dem Reichsbund Demonstrationen und andere Aktivitäten zu unterstützen.
Ohne demokratischen Druck wird dieses Gericht wie die Richter in Kassel entscheiden.

Willy

Gedenken an den 27. Januar

Mit dieser Dokumentation wollen wir als VVN-BdA einige Materialien zugänglich machen, die vielleicht selbst bei engagierten Menschen schon in Vergessenheit geraten sind. Es ist nur ein kleiner Ausschnitt aus der riesigen Menge von historischem Material. Ziel ist es, diesen Tag - und mit ihm den 30. Januar 1933 - mehr ins öffentliche Bewußtsein zu heben, als es sich vielleicht manche Initiatorinnen dieses Gedenktages vorstellten.

Inhalt:

1. Voraussetzungen für den 30. Januar 1933, Machtübertragung und Etablierung der NS-Herrschaft,
2. Realität von Verfolgung und Widerstand,
3. Konsequenzen nach 1945 für [illegible]e und morgen.

Ulrich Schneider: Gedenken am 27. Januar. Ein Tag zum Nachdenken, Weiterdenken und Handeln

Für 5,- DM im Büro oder: VVN-BdA, Rolandstr. 16, 30161 Hannover

Der Bremer Antifaschist ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA).

Wir sind regelmäßig erreichbar in der
Bürgermeister-Deichmann-Str. 26
28217 Bremen
Tel.: 0421/38 29 14
Fax: 0421/38 29 18
E-Mail: Jwahls@csi.com
Garry@t-online.de

Montag: 16:00-19:00 Uhr
Donnerstag: 15:00-18:00 Uhr

Für unsere Arbeit werden dringend Spenden benötigt:
Die Sparkasse in Bremen
BLZ:29050101 - Kto-Nr.: 1031913

Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Anmeldungen von Gruppen für antifaschistische Stadtrundgänge entweder im Büro oder direkt unter 0421/6112 62.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich montags mitgliederöffentlich von 18:00 - 20:30 Uhr und der Landesvorstand jeden 4. Montag im Monat von 18:00 - 20:30 Uhr.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluß: 10. des Monats

V.i.s.d.P.: Willy Hundertmark (Ehrenvorsitzender)

Geburtstage im April 1998

Georg	Gumpert sen.	03.04., 84 J.
Gerd	Meyer	07.04., 52 J.
Georg	Gumpert jun.	11.04., 65 J.
Willy	Hundertmark	16.04., 91 J.

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden vom Landesvorstand